Si vis pacem, para bellum

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): **- (1907)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-801623

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Recht haben, vermittelnd einzutreten und zu versuchen, den Streitfall auf gütliche Weise zu schlichten. Das ist ungefähr auch der gewöhnliche Vorgang bei einem Duell: ehe die Gegner sich aufeinander stürzen, machen die Zeugen einen letzten Versöhnungsversuch. Wenn eines der in Frage kommenden Länder sich weigerte, diesen Aufschub von 20 Tagen abzuwarten oder überhaupt eine Vermittlung anzunehmen, so würden die im Haag vereinigten Mächte folgendes Verbot gegen dasselbe erlassen: Keinerlei Hilfe während der ganzen Dauer des Krieges könne ihm gewährt werden, unbarmherzige Weigerung jeglicher Anleihe, Verweigerung jeglichen geschäftlichen Austausches. Das Land, welches sich so der Feindschaft der ganzen übrigen zivilisierten Welt aussetzte, würde sich die Sache vielleicht zwei- auch dreimal überlegen, ehe es die Verpflichtung brechen würde, welche es feierlichst unterzeichnet hat.

Das sind in der Hauptsache die zwei Gesichtspunkte, von denen aus Stead seinen neuen Friedenskreuzzug ins Werk setzt. Augenblicklich weilt er in Paris, und er wird seine Reisen bis nach Amerika ausdehnen. Werden sie zum Ziele führen? Alles hängt schliesslich vom guten Willen der Regierungen ab; leugnen wollen, dass die Vorschläge Steads gut sind und den Krieg in Zukunft fast zur Unmöglichkeit machen würden, wäre eine grosse Torheit. Die heissesten Wünsche der Friedensfreunde der ganzen Welt für das Gelingen seines Werkes werden den edeln Champion der Friedensbewegung auf seiner Europa- und Amerikafahrt begleiten.

Neujahr 1907. *Rich. Feldhaus.*

——o——

Der neue Vorstoss W. T. Steads.

W. T. Stead, der Herausgeber der „Review of Reviews", ist mit dem Programm für die bevorstehende Haager Konferenz nicht zufrieden und bemängelt insbesondere, dass die Tagesordnung die Erörterung von Fragen vorsieht, die sich erst nach dem Ausbruch eines Krieges erheben, anstatt die wirksamste Verhütung eines Friedensbruches zur Beratung zu stellen. Herr Stead macht seinerseits zwei Vorschläge, von denen er eine Förderung der Friedensbewegung erwartet. Er äussert sich darüber in einem Sendschreiben an sämtliche leitende Zeitungen der alten und neuen Welt:

Der erste Vorschlag geht dahin, dass die Regierungen der Welt im Haag selbst förmlich die Propoganda für Frieden und Brüderschaft der Völker übernehmen sollten und diese Aufgabe nicht Privatpersonen und Gesellschaften überlassen, die dazu mehr oder weniger befähigt sind. Und als Zusatz möchte ich mir vorzuschlagen erlauben, dass die Konferenz den hohen Mächten die Stiftung eines Friedensbudgets für diesen Zweck empfiehlt, indem jede Regierung festsetzt, dass ein gewisser Prozentsatz, sagen wir 0,1 v. H., des Kriegsbudgets für diese Propaganda bestimmt wird. Das wäre 1 Fr. auf je 1000 Fr., die wir jetzt auf Vorbereitungen gegen den Krieg verwenden. — Mein zweiter Vorschlag wäre, den Artikel 8 der Haager Konvention für obligatorisch zu erklären. Dieser Artikel erteilt den streitenden Parteien den Rat, ehe sie das Schwert ziehen, ihre Sache neutralen Freunden vorzulegen, die als Sekundanten oder Friedensvermittler handeln und auf eine Zeit von nicht mehr als dreissig Tagen miteinander beraten sollen, um den Krieg abzuwenden. Wenn man dies obligatorisch machte, sollte jeder Staat, der die Waffen ergriff, ohne vorher Friedensvermittlung nachgesucht zu haben, oder der sich weigerte, den Streit einer Commission d'enquête zu unterbreiten, für einen Feind der Menschheit erklärt und von allen anderen Mächten finanziell und kommerziell boykottiert werden. Wenn man dieses Prinzip 1899 angenommen hätte, würden der Welt vielleicht der Krieg in Südafrika und der Krieg zwischen Japan und Russland erspart worden sein.

Stead empfiehlt schliesslich, dass am Vorabend der Konferenz eine Friedens-Pilgerfahrt, aus den angesehensten Vertretern der Beförderer der Friedensliga in jedem Lande bestehend, von Hof zu Hof, von Hauptstadt zu Hauptstadt ziehen und überall drei Forderungen verfechten solle: 1. Annahme des Friedensbudgets; 2. die Entente cordiale als entschiedene, zielbewusste Norm der Politik in Friedenszeiten; 3. Boykott allen denen, die das Schwert ergreifen, ohne sich der Friedensmittel zu bedienen, welche die Konferenz ihnen bietet. Der Zustimmung des englischen Premierministers Sir Henry Campbell-Bannerman zu der Schaffung eines Friedensbudgets hat sich Herr Stead versichert, der in den nächsten Tagen eine Rundreise durch die Hauptstaaten Europas unternimmt.

——o——

Si vis pacem, para bellum.

„Wenn du den Frieden willst, rüste dich zum Kriege!" ist der Wahlspruch der Militaristen. Ihn hat vor einiger Zeit der ehemalige französische Ministerpräsident Méline benützt, um die Bürger seiner Vaterstadt zu begeistern für Militär und Militärausgaben, um ihnen zu beweisen, dass ein starkes Heer eine unabweisbare Notwendigkeit sei, dass, um sicher zu sein vor plötzlichen Kriegserklärungen, Frankreichs Heer an Zahl und Ausrüstung ebenso stark, wo nicht stärker sein müsse.

Diese Rede hat im friedliebenden Frankreich viel Staub aufgeworfen, und im „Matin" erschien einige Zeit darauf eine Einsendung, die wir hier zum Teil aufnehmen wollen. Sie lautet:

„Herr Méline, Herr Méline, wie können Sie, ein erfahrener Politiker so zum Volke sprechen, wie Sie es letzten Sonntag in Plombières taten? Wozu wird in Ihrem Munde dasjenige, was Sie die grossen Lehren der Geschichte nennen?

„Sie sprachen über das Thema, dass eine Nation für schwere Prüfungen immer bereit sein, d. h. imstande bleiben solle, einen Angriff abzuschlagen. Das ist vollkommen richtig. Aber welche Verkennung der Lehren der Geschichte begehen Sie selber! Nach Ihrer Ansicht ist der Krieg ein Zufall, wie wenn auf den Kopf eines Mannes ein Ziegelstein herabfällt in einem Augenblicke, da er sich dessen am wenigsten versieht und ohne dass er Veranlassung dazu gegeben hat.

„Dies ist eine falsche, durch die Tatsachen widerlegte Anschauung. Der Krieg ist immer, oder doch fast immer die Folge einer Politik, die ihn unvermeidlich gemacht hat. Sie führen als Beispiel Russland an und sagen: „Russland wollte entschieden den Frieden. Der Zar tat alles, um ihn zu erhalten, er gewährte Japan alle Konzessionen. Alles war umsonst, der Gegner wollte eben den Krieg." Diese letztere Behauptung allein ist richtig. Aber warum wollte dieser Gegner den Krieg? Weil Russland alles zu dessen Vorbereitung tat, dadurch, dass es sich der Mandschurei bemächtigte und Korea bedrohte. Das einzige Zugeständnis, das den Krieg vermeiden konnte, war das, dass Russland die Mandschurei preisgab, gemäss den Verträgen. Aber dieses Zugeständnis wurde nicht ge-

macht. Daher ist kein anderer Urheber für die gegenwärtigen Ereignisse verantwortlich als derjenige, der selber darunter leidet.

„Sie zitieren als Beispiel 1870! Dieser Krieg war die natürliche Folge der Gewaltpolitik Napoleons III., der in einigen Punkten unzweifelhaft einer der dümmsten Männer seiner Zeit war und der in dieser Eigenschaft das Frankreich feindliche Prinzip der Nationalitäten erfand. Im Jahre 1859 säte er den ersten Samen zum Krieg von 1870; von neuem säte er 1866, und als vier Jahre später der Krieg ausbrach, erntete er nur seine Aussaat.

„Selbst in jenem Augenblicke noch hätte der Krieg vermieden werden können. Preussen gab die Zusage, auf eine spanische Thronkandidatur zu verzichten, Napoleon wollte mehr: eine Entsagung für ewige Zeiten. Dieses Drängen, das den Gegner unnötigerweise verbitterte, beschleunigte die Ereignisse.

„Wenn ein Staat keinen Krieg will und demgemäss eine vernünftige Politik befolgt, so bricht der Krieg auch nicht aus. Hat das heutige Frankreich, das seit 34 Jahren weislich sich selbst regiert, einen Krieg gehabt? Und unter der vorsichtigen Regierung Ludwig Philipps, ist da ein Krieg ausgebrochen, obschon zu einer Zeit die Beziehungen zu England sehr gespannt waren? Also, eine Periode von 52 Jahren in der Geschichte Frankreichs, während welcher ein Krieg vermieden wurde, weil niemand ihn wollte.

„Und im Gegensatz hierzu hatte innerhalb achtzehn Jahren das Kaiserreich drei Kriege, von denen der letzte vernichtend war, und diese drei Kriege wurden vorbereitet von demjenigen, dem Frankreich seine Geschicke anvertraute. Es gab keine Ueberrumpelung. Der Krieg ist also nicht, wie Herr Méline behauptet, ein unvorhergesehenes Ereignis, ein Blitzschlag, der plötzlich eine Nation trifft. Nein, unter zehn Fällen ist er die Folge einer unvernünftigen Politik. Man kann ihn lange voraussehen."

Dass diese Einsendung von der Redaktion des sonst ziemlich kriegslustigen „Matin" aufgenommen wurde, ist gewiss bemerkenswert. Wenn sie auch nicht öffentlich bekennt, dass es richtiger ist, nach dem Grundsatz zu leben: Si vis pacem, para pacem (Wenn du den Frieden willst, so rüste du zum Frieden), so scheint es doch, dass sie eingesehen hat, dass der von so vielen noch vertretene: „Si vis pacem, para bellum" verkehrt ist. *H. Bächtold.*

——o——

Ein Appell an das christliche Gewissen.

Von L. Halm (Friedens-Blätter).

Das Ziel der Friedensfreunde ist, 1. dass im internationalen Verhältnis der Staaten zu einander das Recht an die Stelle der Gewalt zu treten habe; 2. dass das brutalste Mittel zur Austragung von Völkerstreitigkeiten, der „Krieg", ganz ausgeschaltet werde; 3. dass statt seiner die streitenden Parteien sich dem von einem neu zu schaffenden internationalen Weltgerichtshof gewissenhaft gesuchten und erforschten Recht, bezw. Rechtsspruch zu unterwerfen haben, genau ebenso wie in jedem Rechtsstaat sämtliche Einzelpersonen oder Körperschaften es auch tun müssen. Je eher wir dieses Ziel erreichen, desto rascher können die Völker den sie fast erdrückenden Kriegspanzer, der beinahe ihr ganzes Steuereinkommen auffrisst, ablegen und letzteres menschenwürdigeren und beglückenderen Kulturaufgaben zuwenden.

Das alles liegt so durchaus klar, dass kaum jemand zu finden sein dürfte, der dies nicht begreifen oder gar bestreiten könnte. Nicht ganz ebenso klar oder jedermann bewusst, aber durchaus konsequent dürfte es sein, dass wir mit ganz gleichem Eifer trachten müssen, dass auch im Innern unseres Volkslebens das Recht an die Stelle der Gewalt komme. Der nachdenkende Friedensfreund wird gewiss die zwingende Logik einer absoluten Zusammengehörigkeit dieser beiden Bestrebungen sofort klar erkennen, wie es ihm auch klar sein wird, dass ein Erfolg nach der einen oder anderen Seite viel eher zu erhoffen steht, wenn beide Bestrebungen sich miteinander verbinden zu dem einen und gleichen Zweck, innerhalb und ausserhalb des Völkerlebens dem Rechtsprinzip zum Sieg über die rechtignorierende Gewalt zu verhelfen.

Aber die für die ganze Menschheit so überaus segensreiche Frucht dieser Bestrebungen fällt uns wahrhaftig nicht von selbst in den Schoss. Es muss darum gerungen werden in heilig ernstem Kampf in dieser Welt voll Ungerechtigkeit und Vorurteile, wo — um mit Luther zu reden — der alte böse Feind und Fürst dieser Welt noch immer seine Herrschaft hartnäckig behauptet und immer aufs neue den Menschen weiss zu machen sucht, dass nur in einem machtvollst ausgebildeten Militarismus einerseits und einem ebenso machtvoll ausgebildeten jesuitisch organisierten Hierarchismus anderseits das Heil der Nationen zu finden sei! Ein Schwindel, den der Tieferblickende zwar sofort als solchen erkennt, auf den aber der grosse Haufe blindlings hereinfällt, weil er eingeschmuggelt wird unter der Maske schön klingender Phrasen, wie: „Vaterlandsschutz — nationale Ehre — Ordnung — Glaubenseinheit" etc., aus welchen Phrasen lauter Götzen gemacht werden.

Ich kann mir nicht versagen, von diesen Phrasen wenigstens eine etwas näher zu beleuchten, die Phrase „Ordnung"! Sie gerade wird ja gepriesen als Quintessenz aller politischen Weisheit und als das A und O alles Völkerglückes. Ordnung schlechthin aber macht niemand glücklich! Es kommt ganz und gar auf den der Ordnung innewohnenden Charakter an, ob dieser ein Charakter der Gerechtigkeit oder der Ungerechtigkeit ist; ist's ein Charakter der Ungerechtigkeit, dann wehe denen, die unter einer solchen Ordnung zu leben gezwungen sind, denn sie vermag kraft ihrer obrigkeitlichen Autorität das offenbarste Unrecht in Recht und das offenbarste Recht in Unrecht zu verkehren. In Satans Reich existieren sicher nur solch zwingerisch tyrannische Ungerechtigkeitsordnungen! In Gottes Reich dagegen nur freie Ordnungen der Gerechtigkeit! In unseren Weltreichen finden sich beide Arten, doch überwiegen die Ungerechtigkeitsordnungen weitaus.

Es liegt nun im Interesse des Fürsten dieser Welt, sowie im Interesse all derer in dieser Welt, die seine bewussten oder unbewussten, fürstlichen oder nichtfürstlichen Vasallen sind, dass all die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Ordnungen, unter denen die Völker zu leben genötigt sind, möglichst viel — freilich nicht offen eingestandenen — Ungerechtigkeitscharakter enthalten oder bekommen, weil dadurch ihre Macht und Herrschaft sich am ehesten befestigt und sozusagen verewigt, welch letzterem Zweck noch überdies die gesetzliche Proklamierung einer absoluten Unantastbarkeit dieser Ordnungen dienen muss.

Dawider hat nun speziell das Christentum die Aufgabe, diese unantastbar bestehenden Ordnungen der Ungerechtigkeit nicht ewig bestehen und unangetastet zu lassen, sondern durch Ordnungen der Gerechtigkeit zu ersetzen und damit den Ungerechtigkeitscharakter unserer Weltreiche zu verklären in den Gerechtigkeitscharakter eines Gottesreiches; denn wie anders könnte man die Vaterunserbitten: „Dein Reich komme, Dein Wille geschehe" auffassen als